

Gesamtinformationen nach Art. 13 und Art. 14 Datenschutz- Grundverordnung (DS-GVO) im Rahmen der WiSoBoN-Richtlinie der Landeshauptstadt Wiesbaden

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Die Datenschutzhinweise erfolgen im Zusammenhang der Richtlinie zur Wiesbadener Sozialgerechten Bodennutzung (WiSoBoN), welche mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.06.2018 in Kraft getreten ist. Die WiSoBoN-Richtlinie der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) regelt die Übernahme von Folgekosten von Baugebieten durch den Vorhabenträger im Rahmen städtebaulicher Verträge. Dabei werden personenbezogene Daten benötigt und abgefragt.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen (verantwortliche Stelle)

Landeshauptstadt Wiesbaden
-Der Magistrat-
Stadtplanungsamt
Gustav-Stresemann-Ring 15
65189 Wiesbaden
Tel.: 0611 / 31-6470
Fax: 0611 / 31-3917
E-Mail: stadtplanung@wiesbaden.de

Amtsleitung: Hr. Camillo Huber-Braun

3. Kontaktdaten der/des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Wiesbaden
Wilhelmstraße 32
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611 / 31-3091
Fax: 0611 / 31-3955
E-Mail: datenschutzbeauftragter@wiesbaden.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden gemäß der Richtlinie für die Beauftragung einer Bodenwertermittlung sowie der daraus resultierenden Zustimmungserklärung (Anlage 2 zur WiSoBoN-Richtlinie) benötigt.

Die Angemessenheit der Kostenbeteiligung wird durch die Wertsteigerung der betreffenden Grundstücke vor der Planung (Anfangswert) und nach Abschluss der Planung (Endwert) durch den Gutachterausschuss für Immobilienwerte (Gustav-Stresemann-Ring 15, 65189 Wiesbaden) für den Bereich der Landeshauptstadt Wiesbaden ermittelt (Bodenwertermittlung). Dazu werden eine Einverständniserklärung sowie personenbezogene Daten der betreffenden Grundstückseigentümer benötigt, welche zusätzlich auch im Rahmen der Zustimmungserklärung (Anlage 2 zur WiSoBoN-Richtlinie) abgefragt werden.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a & f DS-GVO in Verbindung mit § 1 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) verarbeitet.

Die berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO leiten sich nach § 1 Abs. 5 BauGB „*eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung*“ ab. Damit verbunden ist eine Beteiligung des Vorhabenträgers an entstehenden Kosten (z.B. Planungskosten, Erschließungskosten, Kosten für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und Kosten für soziale Infrastruktur).

5. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Die verantwortliche Stelle (Siehe Punkt 2) verarbeitet gemäß der Bodenwertermittlung und Zustimmungserklärung (Anlage 2 zur WiSoBoN-Richtlinie) folgende personenbezogene Daten von Ihnen:

- Name
- Anschrift
- Telefonnummer & E-Mail (bei Angabe)
- Grundstücksbezogene Daten (Grundstückseigentümer, Gemarkung, Flur, Flurstück)

6. Quelle der Daten

Die personenbezogenen Daten haben wir von Ihnen mit der Einverständniserklärung im Rahmen der Beauftragung zur Bodenwertermittlung sowie der Zustimmungserklärung (Anlage 2 zur WiSoBoN-Richtlinie) erhalten.

7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern, an die Ihre personenbezogenen Daten übermittelt werden:

- städtische und kommunalpolitische Gremien der LHW (andere Ämter, Dezernate, Magistrat, Ortsverwaltungen, politische Fraktionen, Stadtverordnetenversammlung) zur Beauftragung der Bodenwertermittlung sowie zur Beratung und Entscheidung der Inhalte im Rahmen der Zustimmungserklärung (Anlage 2 zur WiSoBoN-Richtlinie),
- höhere Verwaltungsbehörden zur Prüfung auf Rechtsmängel,
- Gerichte zur gerichtlichen Prüfung der Wirksamkeit von z.B. Bauleitplänen oder Verträgen,
- ggf. Dritte, denen zur Beschleunigung die Vorbereitung und Durchführung von Verfahrensschritten übertragen wurde (§ 4b BauGB).

8. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland / eine internationale Organisation zu übermitteln.

Eine zulässige Veröffentlichung personenbezogener Daten im Internet ist keine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland in diesem Sinne.

Die Bereitstellung Ihrer Daten erfolgt zum Teil über eine Webanwendung im Internet. Die Vertraulichkeit, die Integrität (Unverletzlichkeit), die Authentizität (Echtheit) und die Verfügbarkeit der personenbezogenen Daten kann damit nicht garantiert werden. Ihre Daten können über die Webanwendung auch in Drittländern abgerufen werden, die keine der Bundesrepublik Deutschland vergleichbaren Datenschutzbestimmungen kennen.

9. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten (Verfahrensakte) werden dauerhaft gespeichert. Dies ist daher nötig, da auch nach Ablauf der Fristen für die Erhebung einer gerichtlichen Überprüfung (z.B. Normenkontrollantrag) im baurechtlichen Verfahren einer Inzidentprüfung der Bauleitplanung oder einer sonstigen Satzung eine Rüge erhoben werden kann.

Sonstige Unterlagen werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten bzw. für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

10. Betroffenenrechte

Nach der EU-Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DS-GVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DS-GVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DS-GVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DS-GVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die verantwortliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Es wird darauf hingewiesen, dass kein Recht auf Berichtigung gem. Art. 16 DS-GVO bei Verarbeitungen zu Archivzwecken besteht.
- Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an die verantwortliche Stelle.

Bei datenschutzrechtlichen Beschwerden können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Postfach 3163
65021 Wiesbaden
Telefon: +49 611 1408 - 0
Telefax: +49 611 1408 - 611
E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de

Stand: 11.10.2018